

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Kretschmer, Auer, Markt 13. Druck: Auer, Markt 13. Verlagspreis: 1.00 M. pro Quartal, 3.00 M. pro Halbjahr, 10.00 M. pro Jahr. Postamt: Auer, Markt 13. Postfach 10. Abonnementpreis: 1.00 M. pro Quartal, 3.00 M. pro Halbjahr, 10.00 M. pro Jahr. Einzelhefte: 10 Pf. pro Stück.

Druckpreis: Durch unsere guten Beziehungen zum Reichsdruckwerkstättenverein ist uns eine monatliche Abgabe von 4.00 M. für die Druckkosten der Zeitungsblätter bewilligt worden. Diese Abgabe wird monatlich am 1. März fällig. Bei der Abgabe der Zeitungsblätter sind die Druckkosten der Zeitungsblätter zu berücksichtigen. Unsere Zeitungsblätter sind in der Regel am 1. März fällig. Bei der Abgabe der Zeitungsblätter sind die Druckkosten der Zeitungsblätter zu berücksichtigen. Unsere Zeitungsblätter sind in der Regel am 1. März fällig.

Abgabe der Zeitungsblätter: Die Abgabe der Zeitungsblätter ist in der Regel am 1. März fällig. Bei der Abgabe der Zeitungsblätter sind die Druckkosten der Zeitungsblätter zu berücksichtigen. Unsere Zeitungsblätter sind in der Regel am 1. März fällig. Bei der Abgabe der Zeitungsblätter sind die Druckkosten der Zeitungsblätter zu berücksichtigen. Unsere Zeitungsblätter sind in der Regel am 1. März fällig.

№. 33.

Mittwoch, den 9. Februar 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Foreign Office gibt bekannt: Der deutsche Botschafter hat die britische Regierung in Kenntnis gesetzt, daß die deutsche Regierung die Einladung zur Londoner Konferenz annimmt. Die Konferenz wird am 1. März stattfinden.

Nach Walter Rathenaus Berechnung kommen die Ententeforderungen einer täglich 14-jährigen Frohnarbeit der Deutschen auf anderthalb Menschenaltern gleich.

In Bremen lief ein neuer Dampfer, Hindenburg getauft, vom Stapel.

Tischlerin hat eine Kofe an Lord Curzon gerichtet, in der er mitteilt, Krassin werde nach London zurückkehren, um die Wirtschaftsverhandlungen zu Ende zu führen.

Das Homerule-Gesetz für Irland wird wahrscheinlich zurückgezogen werden, da die Iren auf ihrem Standpunkt beharren, zwei Parlamente in Irland nicht dulden zu wollen.

Der Ernst der Stunde.

Die mehrfachen Beratungen, die das Reichskabinett am Montag abhielt, haben noch zu keinem abschließenden Ergebnis geführt. In politischen Kreisen Berlins erwartet man mit Spannung den Ausgang der Ministerberatung in München und berkennt nicht den Ernst der Lage, der eintreten würde, wenn Bayern starr auf seinem Standpunkt beharrt. Man hat den Eindruck, daß der energische Widerstand, dem von Kahr durch die übrigen Süddeutschen Vertreter in der Konferenz begegnete, persönlich zwar nicht ohne Einfluß auf den bayerischen Ministerpräsidenten geblieben ist, daß aber die festeren Instruktionen, die ihm mitgegeben worden waren, keine Revision seines Standpunktes zuließen, wodurch es ihm auch unmöglich erschien, seinerseits sich zum Wortführer der Berliner Auffassung in München zu machen. In der Reichskabinettsitzung am Montag konnte infolge der völligen Ungeklärtheit der bayerischen Stellungnahme demnach auch nichts weiter als ein Referat über die Situation gegeben werden. In politischen Kreisen wird die Ansicht vertreten, daß auch ohne die Zustimmung Bayerns der von der Reichsregierung formulierte Standpunkt in der Entmännungsfrage voll und ganz aufrechterhalten werden muß, selbst auf die Gefahr hin, daß man in der Antwort an die Entente gezwungen wäre, eine Ausnahme für Bayern vorzubehalten. Ob man sich aber dazu entschließt, glaubt man, daß der Außenminister alle nur möglichen Anstrengungen machen wird, um Bayern zum Einlenken zu bewegen. Es kann deshalb unter Umständen erwartet werden, daß nach Abschluß des bayerischen Ministerrates Außenminister Simon persönlich nach München reist, um sich mit den dortigen politischen Kreisen auszusprechen. Ueber die deutschen Vordorschläge konnte in der Kabinettsitzung naturgemäß auch noch keine klare Einigkeit gewonnen werden. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß man bei der Frage der Aufhebung der Entschädigung durch eine Neuordnung des deutschen Steuersystems etwas eingehender verweilt. Man ist in politischen Kreisen der Auffassung, daß die Belastung des deutschen Volkes durch direkte Steuern ihre Höchstgrenze erreicht hat, die auch eine Vermehrung der indirekten Steuern außerordentlich schmerzhaft machen würde. Man glaubt deshalb, daß bei einer Vermehrung der indirekten Steuern eine Neugestaltung des direkten Steuersystems unumgänglich ist. Umfassende Steuer- und Kohlensteuer werden voraussichtlich sehr bald eine Aenderung erfahren. Die Aufrechterhaltung der zwölfpromzentigen Zollannuitäten dürfte allerdings die Wirtschaftskraft Deutschlands verarmt schwächen, daß auch durch das härteste Steuersystem ein irgendwie befriedigendes Ergebnis nicht erzielt werden könnte.

Zur Rede Lloyd Georges.

Aus deutschdemokratischen Kreisen wird geschrieben: Die Rede Lloyd Georges in Birmingham erfordert gerade von demokratischer Seite eine offene und deutliche Antwort. Lloyd George droht, er glaubt in dem Widerstand Deutschlands gegen die Pariser Beschlüsse den Geist Deutschlands von 1914 wieder zu erkennen, spricht von der Sache der Gerechtigkeit, in deren Namen die Alliierten die Heiligung der Verträge gegen die Männer von 1914, gegen die Klasse, die den Krieg provoziert hätte, erzwingen würden. Das heutige Deutschland, entwaflnet, zermürbt, durch die Politik der Alliierten zerrissen, mit dem Deutschland von 1914 zu vergleichen, ist nutzloser Hohn, und wird wohl auch von den Flagellanten in den Kreisen der Unabhängigen, auf die Lloyd George spekuliert, nur als Hohn empfunden werden. Nicht die Alliierten sehen dem Deutschland von 1914, sondern das völlig umgestaltete, hilf- und wehrlose Deutschland von 1921 steht genau demselben Geist, genau denselben Männern gegenüber, auf

denen heute noch der alliierte Anteil — und das ist der größere und schwerere — an der gemeinsamen Schuld am Weltkrieg lastet, den Männern, die dem Herren Silberne Schwert überreicht, die russische Stützung durch die Bedingungen ihrer Anleihen beschränkt, die serbischen Pläne, die zum Krieg führen mußten gefördert und unterstützt, die Herrn Esafonow aus Westburg in der Unterredung von Balmoral über die Freude aufgeklärt haben, mit der England jede Gelegenheit ergreifen werde, den deutschen Konkurrenten zu vernichten. Deutschland weiß, daß dieselben Männer noch heute dieselben Pläne haben, daß die Beschlüsse von Paris nur die Fortsetzung der Pläne sind, die zum Weltkrieg geführt, sich im Versailler Frieden völlig entschleiert haben, und jetzt sogar über den Versailler Frieden hinaus fortgesetzt werden sollen. Es ist nach den Worten Clemenceaus: Die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, gegen die 20 Millionen Deutscher, die zubielt auf der Welt sind. Es ist der alte Konkurrenzneid, Deutschland soll ruiniert werden, und wenn der Versailler Friede dazu nicht ausreichen sollte, muß er erweitert werden. Diese Erweiterung ist Paris.

Die Heiligkeit der Verträge? Aber die soll wohl nur für uns gelten? Wie kommt man dazu, unter Androhung von Sanktionen, von uns mehr und anderes zu erpressen, als der Vertrag von Versailles von uns fordert? Wenn Lloyd George diesen Vertrag für nicht allzu heilig hält, so hat er vielleicht Grund dazu, denn er weiß besser wie wir, wie dieser heilige Vertrag, diese magna charta der neuen Weltfreiheit, zustande kam. Er erinnert sich ohne Zweifel, daß dieser heilige Vertrag auf einem Rechts- und Treubruch, nämlich auf der Verletzung des Notwendigkeits, den Wilson namens der Alliierten mit der deutschen Regierung über die Vorbedingungen der Waffenruhe abgehandelt, aufgeführt ist, daß er ohne mündliche Verhandlung, ohne die Möglichkeit der Gegenrede einem wehrlosen Volke als eine bloße Paragraphensammlung mit Gewalt in den Schlund gedrungen wurde, anders als Artaxerxes und Christus oder irgend jemand anderes, auch das Vorkriegsrepublikanische Deutschland, Verträge schlossen, die Anspruch erhoben, heilig gehalten zu werden. Deutschland sieht in den Beschlüssen von Paris nur die alten Pläne der Vernichtung. Deshalb ist es zum äußersten Widerstand entschlossen. Das Maß ist voll.

Der Fall Priesdorff.

Der preussische Minister des Innern hat einem Geheimen Regierungsrat, Major a. D., namens v. Priesdorff, der bisher Inspektor der Schutzpolizei war, mit einer kurzen Frist von kaum vier Wochen gekündigt, und als Grund angegeben, daß die von ihm innegehabte Stellung zukünftig aus Sparmaßregelnrücksichten fortfallen werde; doch wird dem Beamten in Aussicht gestellt, daß er später als Leiter einer demnächst zur Verstaatlichung gelangenden Polizeiverwaltung wieder verwendet werden soll. Herr von Priesdorff soll gegen die von ihm als ungesetzlich empfundene Kündigung Einspruch erhoben und einen dienstlichen Urlaub angetreten haben. Die Sache macht auf den ersten Blick einen unangenehmen Eindruck. Die Begründung mit der Sparmaßregel reicht natürlich nicht aus, und man ist versucht, nach politischen Gründen zu suchen. Sie werden von verschiedenen Seiten verschieden dargestellt. Von der einen, nebenbei gesagt, einem demokratischen Blatt Berlins, wird behauptet, daß Priesdorff dem Verein sozialdemokratischer Polizeibeamten entgegengetreten sei, weil er in der Polizei ebensowenig parteipolitische Agitation dulden wolle, wie sie in der Reichswehr ertragen werden kann, und das Blatt hat nun vermutet, daß Herr Severing im Hinblick auf die preussischen Wahlen seine Partei in seiner eigenen Beamtenenschaft habe fördern wollen. Wenn diese Darstellung zutrifft, wäre das Vorgehen des Ministers natürlich entschieden zu verurteilen; aber wir halten es für ziemlich ausgeschlossen, daß der Fall so liegt — denn so töricht ist der Minister Severing schwerlich, daß er 14 Tage vor den Wahlen seiner Partei eine solche Blöße geben würde, die natürlich von den gegnerischen Parteien, namentlich der Rechten, weidlich ausgenutzt werden würde. Nach anderen Darstellungen hat der ehemalige Major von Priesdorff sich nach der Revolution zum Sozialismus bekannt und für die völlige Abschaffung eines Heeres in Deutschland sich ausgesprochen; später sei er aber dann ganz nach der Rechten hinübergeschwenkt und habe den deutschnationalen Abgeordneten Material zugeleitet, das gegen den Minister verwendet werden sollte. Er hat ferner, wie es heißt, unter seinen Beamten namhafte Beträge verteilt, ohne daß man wüßte, woher das Geld stammt, und als der Minister Aufklärung von ihm forderte, dies verweigert. Trifft das zu, so hätte der Minister, statt sich eine unzulässige maßstablose Handlung zu begeben, vielmehr offenbar einer parteipolitisch gefärbten Agitation ein Ende gemacht. Jedenfalls bedarf der Fall einer genauen amtlichen Aufklärung, die auch von der Gegenseite nicht bestritten werden kann. Bis dahin wird man gut tun mit dem Urteil zurückzufalten.

Kleine politische Meldungen.

Wichtige Meldungen für Handel, Landwirtschaft und Handwerk. Wie bekannt wird, sind verschiedene Rahmengesetze in Vorbereitung, die die Organisation der Handwerker in Aussicht stellen, die Organisation des Handwerks in Aussicht stellen und ein drittes Rahmengesetz, das die Handwerkerorganisationen des Handwerks neu regelt. Bei all diesen Rahmengesetzen werden Voraussetzungen geschaffen werden, durch die die in der Verfassung festgelegte Mitwirkung der Arbeitnehmerseite in besonderer Weise gesichert wird.

1120 Protestversammlungen. Nach den am Montag früh vorliegenden Nachrichten aus dem Reich sind am Sonntag im Reichsgebiete in insgesamt 1120 Protestversammlungen Kundgebungen gegen die Pariser Beschlüsse gefeiert worden.

Auch das amerikanische Staatsdepartement demotiert. Das Staatsdepartement teilt amtlich mit, daß der amerikanische Kommissar in Berlin nicht ermächtigt sei, Verhandlungen mit Deutschland einzuleiten. Es stellt auch in Abrede, daß der Kommissar versucht habe, Befragungen über die Frage von Verhandlungen zur Herbeiführung eines Sonderfriedens mit Deutschland einzuleiten.

Aufnahme der amerikanischen Besatzungstruppen? Die Franzosen sind entschlossen, für den Fall, daß die Amerikaner ihre Besatzungstruppen am Rhein verringern sollten, den Ausfall durch Verstärkung des französischen Kontingents wettzumachen. Man rechnet damit, daß Harding alle Amerikaner vom Rhein zurückziehen wird.

Neue Waffensunde bei Königsberg. Nachdem kürzlich in einem alten Militärschuppen etwa 30 unbrauchbare Feldgeschütze aufgefunden worden waren, hat das Wehrkommando eine Durchsuchung aller Festungswerte angeordnet. Dabei wurden in einem außerhalb des Forts V gelegenen nichtbewachten Unterstand 750 Gewehre durch einen Offizier des Zeugamts aufgefunden. Die Waffen sind ordnungsmäßig gerüstet und der Treuhändergesellschaft übergeben worden. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Die Ueberführten im Ruhrgebiet. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Bergarbeiterverbände wegen der Verlängerung des Ueberführtenabkommens in Essen haben am Sonntag zu einer prinzipiellen Einigung geführt. Die Vertreter der Bergarbeiter haben sich einvertraut erklärt, daß die Ueberführten bis zum Abschluß der Verhandlung weiter verfahren werden.

Belgische Truppenzusammenschickungen. Auch an der belgischen Grenze mehren sich die Anzeichen dafür, daß die Alliierten Anstalten treffen, durch Anhäufung von Truppenmassen einen Druck auf Deutschland auszuüben. Ganze Züge von belgischen Truppen, Geschossen und Kriegsmaterial werden insbesondere vor Malmédy beobachtet. Man gewinnt an der belgischen Grenze den Eindruck einer Mobilisation.

Die Entente droht mit Besetzung Wiens. Die tschechische Wiener Montagszeitung bestätigt, daß die Manteinote, die dem Protokoll der Pariser Verhandlungen beigegeben ist, das Anschließverbot aufs neue betont. Gleichzeitig verweist das Blatt darauf, daß der Wiener französische Geschäftsträger nach dem österreichischen Kabinettswechsel dem Bundeskanzler Dr. Wagr mitteilte, daß, falls Oesterreich tatsächlich den Anschluß zu vollziehen beabsichtigt, die Besetzung Wiens durch südslawische Truppen in Aussicht genommen sei.

Ein polnisch-rumänisches Bündnis? Matin veröffentlicht eine Unterredung mit dem Fürsten Sapieha, der die bestimmte Mitteilung machte, daß Polen und Rumänien ein Bündnis abgeschlossen hätten. Die Tschechoslowaken ist vorläufig noch nicht daran beteiligt. Sapieha sagte, sie werde später daran teilnehmen, aber in einem kritischen Augenblick habe sie Polen verließ und diese Wunde müsse erst heilen.

Austritt in Galizien. In den Karpaten Dispositionen besteht, wie von Berliner parlamentarischer Seite verlautet, seit mehreren Tagen längs der galizisch-tschechoslowakischen Grenze ein erbitterter Kleinkrieg zwischen der ukrainischen Bevölkerung und den polnischen Okkupationsstruppen. Das polnische Kommando schickte Truppen gegen die Aufständigen aus.

Die Besetzung der höheren Beamtenstellen.

Die Vereinigung sächsischer höherer Staatsbeamten hat den sozialistischen Zeitungen folgende Erklärung überreicht: Die kürzlich veröffentlichte Erklärung der Vereinigung ist vielfach nicht richtig verstanden worden. Ein Beispiel man sehen, worum es sich für die Vereinigung handelt: Angenommen, es soll die Stelle eines Faktors oder Leitenden Metteurs in einer Druckerei neu besetzt werden, und der Geschäftsführer oder Inhaber der Druckerei beruft nun etwa einen Tischler in diese Stellung, weil er in ihm einen zuverlässigen Gefinnungsgenossen besitzt, den er an dieser Stelle für wünschenswert hält. Ganz zweifellos werden sich die Seher der Druckerei gegen dieses Verfahren wenden, selbst wenn der Tischler einige Zeitungsartikel verfaßt und in einer Pressekommission tätig gewesen sein sollte, also Fernstehenden als eine Art Sachkundiger erscheinen könnte. Und dabei könnte die Druckerei ohne Zeitung wohl auch mit dem Tischler weiterarbeiten, wenn die Seher sich sagen und einige Erschwere unter ihnen sich bereit fänden, dem Tischler mit ihrem Rat zur Seite zu stehen und seine Obliegenheiten für ihn zu erfüllen. Aber mit gutem Recht wird sich jede Facharbeiterchaft gegen ein solches Verfahren zur Wehr setzen. Die Vereinigung sächsischer höherer Staatsbeamten wendet sich nun dagegen, daß dieses Verfahren etwa bei der Besetzung leitender Beamtenstellen zur Anwendung gelange, wie dies in einer Reihe von Presse-Artikeln gefordert worden ist. Die Frage lautet also: Sollen Beamtenstellen besetzt werden mit Fachleuten oder mit Dilettanten, die parteipolitisch tätig gewesen sind? Darin liegt, daß sich die Vereinigung durchaus nicht gegen die Berufung der

Janigen unter ihren jetzigen Kollegen gemeldet hat, die als ehemalige Gewerkschaftler für die ihnen übertragenen besonderen und wichtigen Arbeitsgebiete als besonders geeignete Fachleute anerkannt werden müssen. Ebenso glaubt die Vereinigung mehrfach deutlich ausgesprochen zu haben, daß sie sich selbstverständlich auch nicht dagegen wendet, daß tüchtige und wohl auszubildende Beamte, die sich zu einer der gegenwärtig regierenden Parteien zählen, in leitende Stellen berufen werden.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung in sächsischen Notstandsbezirken.

Auf eine Eingabe des sächsischen Arbeitsministers an die Reichsregierung, in der hinsichtlich der Erwerbslosenfürsorge Forderungen aufgestellt waren, die auf eine Erhöhung der Unterstützungssätze mit den Mitteln der vorkriegsständigen Arbeiter hinauszielen, hat der Reichsarbeitsminister geantwortet, daß es ihm zurzeit nicht angängig erscheint, die Höhe der Erwerbslosenunterstützung für alle sächsischen Großstädte zu erhöhen, weder auf das Maß, das die sächsischen Großstädte selbst vorschlagen, noch auf das sehr obel höhere von dem sächsischen Arbeitsminister vorgeschlagene Maß. Der für die Erwerbslosenfürsorge im Reichsausbauplan vorgesehene Fonds in Höhe von 450 Millionen Mark wird in vollem Umfang für die einzige Erwerbslosenfürsorge beansprucht, die im Rahmen der Höchstsätze geleistet wird. Der Reichsarbeitsminister hat deshalb der Reichsregierung vorschlagen müssen, besondere Mittel in den Haushalten einzustellen, die der verstärkten Erwerbslosenfürsorge in besonderen Notstandsbezirken dienen sollen. Der Reichsarbeitsminister glaubt aber, die Hilfe des Reiches für die sächsischen Notstandsbezirke nicht bis zur Erledigung des Haushaltsgesetzes verschoben zu sollen. Als Notstandsbezirke kämen in Betracht die Amtshauptmannschaften Plauen, Auerbach, Oelsnitz und Annaberg sowie die Amtsgerichtsbezirke Limbach und Burgstädt. Für diese sollen mit Wirkung vom 15. November 1920 die Höchstsätze der Erwerbslosenfürsorge wie folgt festgesetzt werden: In den Orten der Erstklassen A, B, C, D 1. für männliche Personen

- a. über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben, A 12 M., B 10,50 M., C 9,50 M., D 8 M.,
 - b. über 21 Jahre, sofern sie im Haushalte eines anderen leben, A 9,50 M., B 8,50 M., C 7,50 M., D 6,50 M.,
 - c. unter 21 Jahren, A 7 M., B 6 M., C 5 M., D 4,50 M.
2. für weibliche Personen
- a. über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalte eines anderen leben, A 9,50 M., B 8,50 M., C 7,50 M., D 6,50 M.,
 - b. über 21 Jahre, sofern sie im Haushalte eines anderen leben, A 7,50 M., B 6 M., C 5 M., D 4 M.,
 - c. unter 21 Jahren, A 4,50 M., B 4 M., C 3,50 M., D 3,50 M.

Weder die selbständige Unterstützung, die mehr in einem gemeinsamen Haushalte lebende Familienmitglieder erhalten, noch die Summe der Unterstützungen und der Familienzuschläge dürfen den Betrag von 30 Mark für den Tag überschreiten.

Von Stadt und Land.

Aue, 9. Februar 1921.

Buhtag im Februar. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß der sächsische Buhtag am Mittwoch, den 23. Februar, nach den Beschläffen des Landtages nicht mehr als gesetzlicher Feiertag zu betrachten ist, daß er vielmehr ausschließlich als kirchlicher Feiertag gilt.

Vom sächsischen Eisenbahnrat. Die Verordnung über Erleichterung eines sächsischen Eisenbahnrates hat unterm 21. Januar 1921 wegen des Ueberganges der Eisenbahnen an das Reich einige Änderungen erfahren, aus denen das Wichtigste hervorgehoben sei. Der Eisenbahnrat besteht künftig aus zehn Vertretern der Arbeitgeber aus Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, von denen vier von den sächsischen Handelskammern, vier vom Landeskulturrat für den Freistaat Sachsen, einer vom Submissionsamt für den Freistaat Sachsen und einer gemeinschaftlich von den sächsischen Gewerkschaften abgeordnet werden wird, ferner aus zehn gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeitern und Angestellten, die vom Arbeitsministerium ernannt werden, sowie neun vom Reichsarbeitsminister ernannten Mitgliedern. Für jedes Mitglied wird ein Stellvertreter gewählt oder ernannt. Das Ministerium des Innern, das Wirtschaftsministerium und das Arbeitsministerium können Kommissionen in die Sitzungen des Eisenbahnrates entsenden. Der Eisenbahnrat bestellt für die Erledigung dringender Angelegenheiten, sowie zur Vorbereitung seiner Beratungen aus seiner Mitte einen ständigen Ausschuss von neun Mitgliedern. Die übrigen Änderungen der Verordnung sind lediglich redaktioneller Natur.

Das Betriebsbilanzgesetz. Das jetzt vom Reichstag angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut: Paragraph 1. Die nach Paragraph 72 des Betriebsbilanzgesetzes vom 4. Februar 1920 vorzuliegende Betriebsbilanz muß nach den für das Unternehmen geltenden gesetzlichen Bilanzgrundsätzen die Bestandteile des Vermögens und der Schulden des Unternehmens der Art erkennen lassen, daß sie sich als ein und unabhängig von anderen Unternehmen eine Uebersicht über den Vermögensstand des Unternehmens gewährt. Das dem Unternehmen nicht gewidmete Vermögen des Unternehmers bleibt hierbei außer Betracht. Paragraph 1a. Zur Erläuterung der Betriebsbilanz ist über die Bedeutung und die Zusammenhänge der einzelnen Bilanzposten Auskunft zu geben. Auf wesentliche Veränderungen, die im Geschäftsjahre vorgekommen sind, ist hinzuweisen. Sind Aktiva und Passiva im Laufe des Geschäftsjahres aus dem Betriebsvermögen dem Nichtbetriebsvermögen oder aus dem Nichtbetriebsvermögen dem Betriebsvermögen zugeführt worden, so sind sie bei Vorlegung der Betriebsbilanz in einer besonderen Aufstellung auszuweisen. Gehören zu einem Unternehmen mehrere Betriebe, so muß bei Vorlegung der Betriebsbilanz, soweit es die Eigenart des Unternehmens und der dazu gehörigen Betriebe gestattet, die Geschäftslage der einzelnen Betriebe erläutert werden. Para-

graph 2. Das Recht, die Vorlegung und Erläuterung der Betriebsbilanz zu verlangen, steht neben den Einzelbetriebsräten auch dem Gesamtbetriebsrat zu. Paragraph 3. Auf die nach Paragraph 72 des Betriebsbilanzgesetzes vorzuliegende Betriebsbilanz und -verlustrechnung finden die Vorschriften der Paragraphen 1 bis 3 entsprechende Anwendung. Paragraph 4. Die Vorlegung und Erläuterung einer Betriebsbilanz sowie einer Betriebsbilanz und -verlustrechnung können erstmalig für das letzte vor dem 1. Januar ablaufende Geschäftsjahr verlangt werden. Paragraph 5. Dieses Gesetz tritt am 1. Februar 1921 in Kraft.

Der Verein Deutscher Arbeiter in Aue hielt am letzten Sonntag im Vereinsheim Brauerei eine außerordentliche Versammlung ab. Zum ersten Punkt wurde dem Ehrenmitglied Landmann Haase das Wort erteilt, der ausführlichen Bericht über die 8. ordentliche Versammlung vom 16. Januar d. Js. in Dresden gab. In der hierauf hinstehenden freien Ausprache gaben die Landesleute Urban, Grund und Koller ihrem Unwillen wegen der bevorstehenden Änderungen und Maßnahmen durch den Volkshund kund. Die Verammlung unterstellte die dabei gestellten Anträge. Der weitere Gedankenaustausch schuf ein klares Bild und führte zu dem Ziele, daß sich der Verein als Auerbergisches Mitglied unter Beibehaltung einer jährlichen Pauschalsumme anschließt. Als 1. Kassierer wurde Landmann Gammewitz als 2. Landmann Ammler gewählt.

Eine Denkschrift gegen das Verbot der Schläfstelle in Sachsen. Der Sächsische Gastwirtsverband hat dem sächsischen Wirtschaftsministerium, das vor kurzem ein Verbot der Veranstaltung von Schläfstellen erlassen hat, eine Denkschrift übermittelt, in der dargelegt wird, daß dieses Verbot eine schwere Schädigung des Gastwirtsberufes und der in diesem beschäftigten Personen im Gefolge haben werde. Eine Beeinträchtigung der Allgemeinheit hinsichtlich der Fleischversorgung sei vollständig ausgeschlossen, da der Fleisch- und Fleischmarkt in der gegenwärtigen Zeit überaus reichlich versorgt sei.

Theater, Konzerte, Veranstaltungen

Id. Haach-Berlow-Spiele. Zum zweiten Male ergossen gestern Abend die Haach-Berlow-Spiele in unserer Stadt ihre welchensolle Teilnahme über einen großen Kreis andächtig ihnen Lauschender. Mit Zuschauern und Zuhörern ist es bei diesen Spielen nicht genau zu wollen mitempfinden werden, wenden sich an das Innere im Menschen, an sein Herz, an sein Gefühl. Wer die Spiele nicht mitempfinden kann, der wird sie auch nie verstehen, wird nie ihren Wert voll in sich aufnehmen können. Sie fanden gestern Abend in der Friedenskirche statt, und in der Tat ist das Gotteshaus für sie — soweit sie religiösen Inhalts sind — der geeignetste Ort. Im Altarraum war ein großes Gerüst errichtet, von allem Bühnenmäßigen war selbstverständlich abgesehen worden. Dennoch kamen die Spiele voll zur Geltung, sie wirkten durch ihren Inhalt und die Kunst der Spieler. Zur Aufführung kam zuerst das Paradiespiel, ein mittelalterliches Bauernspiel, das bis in die heutige Zeit in einer kleinen, rings von Ungarn eingeschlossenen deutschen Kolonie (Oberufer bei Wehrburg), aufgeführt wird. Es stellt in der reinen und doch bedeutungsvollen Art alter Holzschneide die Erschaffung Adams und Evas, den Sündenfall und die Vertreibung aus dem Paradies dar und damit die geistige Entwicklungsgeschichte des Einzelmenschen und der Menschheit. Ein Engländer und ein Chor von Bauern und Bäuerinnen (die Kumpanen) begleiten die Handlung mit Gesängen und Lautenspiel. Besonders eindrucksvoll sind die Gedanken, die — über konfessionelle Anschauungen hinausgehend — über den Sündenfall entwickelt werden. Ergriffen folgten die Zuschauer dem Spiele, dem sich eine Wiederholung des am Tage zuvor bereits aufgeführten Totentanzes anschloß. Auch dieses Spiel kam an dem weichen Ort zu noch tieferer Wirkung als auf der weltlichen Bühne. Orgelspiel zwischen den beiden Stücken und zum Schluß des Abends bildete einen würdigen Rahmen. Ueber die Kunst der Haach-Berlow-Spieler können wir nur wiederholen, was wir gestern schon sagten: tiefgründig und nachhaltig. Auch der zweite Abend der Spiele war ein Fest für die Seele....

Sport und Spiel.

g. Die erste diesjährige Übungsstunde für Frauenturnerinnen des Erzgebirges fand am 6. d. Ms. in Aue statt, zu der 52 Teilnehmer aus 21 Vereinen erschienen waren. Geturnt wurden die für das vierte Kreisturnfest in Dresden vorgesehenen Reulenübungen, die sich aus Schwung-, Haltungs- und Hüpfübungen zusammensetzen, sowie die Pflichtübungen für den Siebenkampf. Nach zweistündiger Arbeit wurde in einer sich anschließenden Versammlung die Gau- und Kreisveranstaltungen für Turnerinnen 1921 eingehend besprochen. Beschlössen wurde, auch in diesem Jahre ein Gaufräuenturnfest und zwar im Juni abzuhalten. Als Ort wurde Hartenstein und Zwönitz vorgeschlagen. Des weiteren wurde bestimmt, den Gauwettkampf für Turnerinnen mit der letzten Gauturnstunde zu verbinden. Als Gauübungen der Turnerinnen für das Kreisturnfest werden die Bernsbacher Freilübungen angenommen. Zur nächsten Gauturnstunde, die voraussichtlich am 10. April in Aue abgehalten wird, sollen die für das Kreisturnfest vorgesehenen Gemeinübungen am Barren zur Vorbereitung gelangen. Zur Förderung des Frauenturnens teilte man den Gau in drei Bezirke ein. Als Bezirksturnerinnen wurden gewählt für den Auer Bezirk Rehreter-Aue, für den Eisenstädter Bezirk Eisenstadt für den Zwönitser Bezirk Theilheim; als Stellvertreterin Aue und Giebel-Zwönitz. Zu Kampfrichtern nach Dresden sollen die beiden Gauturnerinnen Lang-Aue und Theilheim entsandt werden.

Hartenstein, 8. Februar.

Kirchensitzung. Am vorigen Sonntag fand in unserer Kirchengemeinde die fällige Kirchensitzung durch Oberkirchenrat Thomas aus Schneeberg statt. Zum Hauptgottesdienst hatte sich eine recht gute Besucherzahl eingefunden, auch der Besuch der Nebengottesdienste war erfreulich. Am Nachmittag wurde eine Kirchgemeinderatsversammlung abgehalten, in der eine Reihe wichtiger Fragen besprochen wurden. Die dabei zutage tretende Anteilnahme am Leben der Kirche und das Bewußtsein der inneren Zusammengehörigkeit der Gemeindeglieder wirkte wohltuend. So erlebte die Kirchengemeinde einen ungetrübten schönen Tag.

Vermischtes.

Die Wirkungen des Falschungsverbot. Das von der sagerlichen Regierung erlassene Falschungsverbot hat zu Japan an a r s i s t i s c h e n Zuständen geführt, die sich im Ordnungshaus Konern besonders grotesk ausnehmen. Als alle Eingaben an den Ministerpräsidenten ergebnislos blieben, erklärten die Wirte, Saalinhhaber und das Personal einfach, daß sie sich an das Verbot nicht halten würden, und so kommt es, daß der Falschungsverbot toller als je zuvor weiterging und auch die Volksgemeinde unbeachtet blieb. Dagegen protestieren nun wieder die Nationalsozialisten und Deutschnationalen durch Umpöbe und gewaltsame Störungen.

Der Berliner Oberstadtschulrat bestätigt. Die Wahl des zum Oberstadtschulrat in Berlin gewählten Lehrers Paulsen ist vom Oberpräsidenten bestätigt worden. Die Bekräftigung erfolgte auf Grund eines von der Hamburger Schulbehörde für Paulsen abgegebenen außerordentlich günstigen Gutachtens.

Große Heringsfänge in der Nordsee. Der Berl. Postbote berichtet über riesige Heringsfänge in der Nordsee. In Hamburg, Altona und Ruxhaven wurden an einem Tage 11 Millionen Fund Herings aufgefischt. Auch in der Ostsee sind starke Heringschwärme aufgetreten. — Dagegen wird dem Tagl. Korz. aus Christiania über eine fast katastrophale Fischereiausbeute des norwegischen Heringsfangs berichtet.

Selbst die Kinderhilfe wird bestohlen! Die amerikanische Kinderhilfsmission teilt, wie die Dena aus Essen meldet, mit, sie habe die Erfahrung gemacht, daß ihre Lebensmittel auf dem Transport von Hamburg nach den verschiedenen Hauptlagerhäusern in großem Umfang aus den Waggons gestohlen würden. Innerhalb der Zeit vom 28. September bis 1. Dezember 1920 sind nach ihren Angaben allein in dem ersten Bezirk, der das rheinisch-westfälische Industriegebiet umfaßt, 68813 Kilo Waren im Werte von etwa 170 000 M. gestohlen worden. — Daß es Leute fertig bringen, die verhungernenden deutschen Kinder um das höchste Nahrung zu bestehlen, ist ein sehr trauriges Zeichen der Zeit.

Eine japanische Spende für die deutsche Kinderhilfe. Der japanische Zeitungverleger Motokama, der Besitzer der Tokioer Mischi-Mitschi und der Osaka-Kay-Mitschi, listete 100 000 M. für die deutsche Kinderhilfe.

Ein zeitgemäher Erlass wird von der Staatsregierung des Landes Thüringen veröffentlicht. Er lautet: Bei der schweren Lage, in der sich das Vaterland infolge der einerseits durch den Krieg und andererseits durch die Entente bedingten Verhältnisse befindet, würde es nicht verstanden werden, wenn jetzt fernöstliche oder sonstige mit dem Krieg der Zeit nicht vereinbarliche Festlichkeiten veranstaltet würden. Wir bitten daher die Bevölkerung Thüringens, von solchen Veranstaltungen abzusehen.

Deines und Centemmen als Denkmalständer. Ueber unwürdige Behandlung deutscher Denkmäler durch Engländer in China wird der Tagl. Anz. von einer Referin, die die Vorfälle mitteilt, geschrieben: Am 11. November 1918 in Tientsin (China) über vermaligen deutschen Konsulenten, waren nicht nur die Amerikaner, sondern hauptsächlich die Engländer an der Zerstörung des Roland-Denkmal beteiligt, selbst die englischen Damen aus der Gesellschaft schloffen die mit Regten und Weisheit abgeschlagenen Bronzestücke durch die Stadt in den englischen Klub, wo aus dem Kopf des Roland Sekt getrunken wurde und die Teile vertilgert wurden. Ganz besonders schmachvoll war das unerhörte Benehmen deshalb, weil das Roland-Denkmal zur Erinnerung an die Kämpfe und die Gefallenen in der Borezeit 1900 errichtet war. Auch im Seebad Veitsho in China wurden die kleinen beländischen Denkmäler für die Gefallenen in Tingtau noch im Jahre 1919 von den Engländern vollständig demoliert, und mußten den Engländern zu Gefallen abgetragen werden.

Das Heiratsgeschick einer österreichischen Erzherzogin. Im Anzeigenteil eines amerikanischen Blattes war kürzlich das folgende Heiratsgeschick zu lesen: Anmutige österreichische Erzherzogin, ausgebildete Pianistin und mehrere Sprachen beherrschend, wurde, der aufreibenden und hoffnungslosen Existenzforzen müde, einen reichen und vornehmen Amerikaner oder Engländer im Alter von etwa 38 Jahren die Hand zum Eheband reichen. — Als bloßer Scherz hätte die Anzeige wenig Sinn.

Die Maus als Verleumdere. In Derby, der Hauptstadt der gleichnamigen englischen Grafschaft, ereignete sich dieser Tage der ungewöhnliche Fall, daß die elektrische Straßenbahn durch eine Maus zum Stillstand gebracht wurde. Das unglückliche Ragetter hatte sich gelüsten lassen, an der unterirdischen Kabelleitung zu knabbern, was zur Folge hatte, daß sie von dem Strom von 500 Volt blitzschnell getötet wurde. Der Kadaver bewirkte einen Kurzschluß, und da die Sicherungen durchgebrannt waren, so war der Verkehr der elektrischen Straßenbahnen der Stadt für mehrere Stunden lahmgelegt.

Das Kochbuch im Film. Eine Dame, die sehr gut kochen kann, muß Frau Mary Wilson in Philadelphia sein. Wie der Tagl. Korz. mittelt, erhielt sie dieser Tage — sie ist Leiterin einer weit und breit bekannten Haushaltungsschule — den ehrenvollen Auftrag, ein Kochbuch — nicht etwa zu schreiben, denn das würden ja nur die des Englischen Mächtigen verstehen, sondern — zu filmen. Sie soll im Film praktisch zeigen, wie man sparsam, nahrhaft und schmackhaft kocht. Die jetzt in amerikanische Hände übergegangene frühere Pariser Firma Pathe, bekanntlich eine der ältesten Filmfabriken der Erde, verspricht sich große Erfolge von dieser Filmserie bei allen Hausfrauen.

Die amerikanischen Milchkühe.

In Bremen ist der Dampfer West Arrow mit 742 amerikanischen Milchkühen und einem großen Vorrat Kraftfuttermitteln angekommen. Diese Sendung Kühe stellt den ersten Teil der von dem starken Deutschtum in Amerika dem deutschen Volke zur Verpflegung der geraubten Kühe geschenkten Tiere dar. Die Tiere gehen in Bremen zunächst in die Obhut der Firma Volke Debus u. Co., Speditoren, Bremen, die von der American Dairy-Cattle-Company, Chicago, zum generalvollmächtigten Agenten ernannt worden ist. Debus u. Co. geben die Tiere gegen einen nominalen Nutzungszins von einer Mark je Kuh und Jahr an die Empfänger kontraktlich ab, wenn die amerikanischen Geber darauf bestehen, daß die Tiere in gesetzlicher Form amerikanisches Eigentum bleiben, um sie gegen Verschlagnahme irpendeiner Art sicherzustellen. Auch der Nachwuchs dieser Kühe bleibt bis auf weiteres amerikanisches Eigentum, und steht den Viehhältern in Deutschland, soweit sie Wohltätigkeitsanstalten sind, ohne weiteres zur Verfügung, während im anderen Falle die American Dairy-Cattle-Company das Recht hat, im Einvernehmen mit der Centrale der deutschen Wohltätigkeitsorganisationen anderweitig darüber zu verfügen. Die erste Sendung verteilte sich in folgender Weise: Liste Nr. 1. Einzelschenkungen: 48 Kühe; Liste Nr. 2. Schenkungen der Evangelischen Synode von Nordamerika: 45 Kühe; Liste Nr. 3. Schenkungen der American Dairy-Cattle-Company: 189 Kühe; Liste Nr. 4. Allgemeine Schenkungen zur Verfügung der Centralauskunft für die Auslandskühe: 485 Kühe. — Die American Dairy-Cattle-Company und das von ihr vertretene amerikanische Deutschtum haben die Verpflichtung übernommen, für ihre Kühe bis auf weiteres auch den notwendigen Kraftfuttermittelbedarf zu decken, um die Kühe auf deutschem Boden in bester Leistungsfähigkeit zu erhalten. Weitere Sendungen an Kraftfutter

erben folgigt durch...
berlin.
Die die...
mitteli...
argetan, d...
eutschum...
oneller un...
i, wenn S...
on vorthe...
massfen.
nachtrate...
telem Pa...
n-fisch, p...
e genau...
in Abfahr...
tä, 7 her...
war der U...
wuchs der...
alten. Ge...
sch an der...
stücken. T...
und Taufen...
Amerika al...
gung gefel...
diele Taufe...
daß es sie...
Uewfel —...
gierung de...
ung diese...
Söbern tat...

Let...
Di...
London,
in borigen...
moer Deut...
böndener R...
deutschen R...
worden sei...
in jelter Sa...
gen habe se...
14 Str...
Berlin...
Walhen...
alles was...
die Arbel...
bei gegebe...
van Arbe...
und indus...
hat 300 V...
donaler R...
für 15 M...
Arbeitsstu...
kann man...
halten Ma...
bedeutet...
15 Millia...
Boll für...
24 Millio...
wir heute...
zur Beza...
mittel un...
Verbrauch...
der Streb...
den Vertri...
werden, M...
Teil des...
stunere M...
Stunden...
die Arbel...
Deutschlan...
tes gerber...
tngen die...
lonen, Be...

Münch...
partei hat...
zenten v...
ber von d...
ngat wird...
Interp...
kuse felme...
gewinne...
ngen der...

Beim Ein...
tauf von...
Die wiffen...
an

erben folgen. Die Verteilung dieses Krututters ergibt durch Telsus u. Co. nach Anweisung der Auftraggeber.

Wie die American Dairy-Cattle-Company hierzu mittelst, haben die bisherigen Erfahrungen klar ergeben, daß der Abtransport der vom amerikanischen Viehzuchtum gesendeten Kühe nach Deutschland in rationeller und wirtschaftlicher Weise nur dann möglich ist, wenn Schiffsfahrtskontrakte abgeschlossen werden die von vornherein eine größere Anzahl von Transporten umfassen. Nur in diesem Falle kann eine erträgliche Frachtrate herausgeschlagen werden und auch nur in diesem Falle ist es der American Dairy-Cattle-Company möglich, prompt zu den im voraus festgesetzten Daten eine genau benötigte Anzahl Kühe von bester Qualität in Abfahrtsorten zusammen zu haben. Leider haben sich aber die in Betracht kommenden deutschen Behörden der American Dairy-Cattle-Co. gegenüber in der Frage der Lösung des Transportproblems ablehnend verhalten. Es ist mit bitteren Worten abgelehnt worden, daß an der Lösung dieses Problems überhaupt zu denken. Der American Dairy-Cattle-Co. sind Tausende und Tausende von Kühen durch das deutsche Element in Amerika als Geschenk für das deutsche Volk zur Verfügung gestellt worden. Wenn aber das deutsche Volk diese Tausende von Kühen als Geschenk wünscht — und daß es sie dringend benötigt, unterliegt ja wohl keinem Zweifel —, so ist es absolut erforderlich, daß die Regierung des deutschen Volkes bezüglich der Lieferung dieser Kühe von Vieh mit den amerikanischen Behörden tatsächlich kooperiert.

Letzte Drahtnachrichten.

Die deutsche vorläufige Antwort befriedigt.
London, 8. Februar. Das Reuterbüro meldet aus Berlin die dortigen britischen und französischen Kreise werde die Antwort Deutschlands auf die Einladung zur Teilnahme an der Konferenz für befriedigend angesehen. Der Ton der deutschen Antwort sei verständlicher als ursprünglich angenommen worden sei, und dies werde dahin ausgelegt, daß Dr. Simons in seiner Haltung von bedachtamen und einsichtsvollen Erwägungen habe leiten lassen.

14 Stunden Fremdarbeit täglich für die Entente.

Berlin, 9. Februar. Im H. L. schreibt Walter Rathenau zu dem Pariser Reparationsplan u. a. Alles was wir zahlen, sind Güter, Güter, sind Arbeit. Die Arbeitsleistung eines Volkes ist begrenzt, sie wird bei gegebener Kraft gemessen in Zeit. Diese Zeit nennt man Arbeitsstunden. 15 Millionen landwirtschaftliche und industrielle Arbeiter sind uns geblieben. Das Jahr hat 300 Arbeitstage, der Arbeitstag hat nach internationaler Vereinbarung 8 Arbeitsstunden. Das ergibt für 15 Millionen Arbeiter insgesamt 36 Milliarden Arbeitsstunden. Nach heutigem Stande der Technik kann man mit einer reinen Werterschöpfung von einer halben Goldmark in einer Arbeitsstunde rechnen. Das bedeutet eine gesamte Werterschöpfung des Landes von 18 Milliarden. Vor dem Kriege verbrauchte das deutsche Volk für seine Lebensführung jährlich an Werten etwa 24 Milliarden. Von den 18 Milliarden Werten, die wir heute erzeugen, müssen wir 6 Milliarden hergeben zur Bezahlung der Einfuhr lebenswichtiger Nahrungsmittel und Rohstoffe. Es bleiben somit für unseren Verbrauch 12 Milliarden, die sich aber durch Zahlung der Kriegsschuldung allmählich bis um 6 Milliarden verringern müssen. Es wird also von uns verlangt werden, daß wir unseren Verbrauch auf den vierten Teil des Friedensbedarfes einschränken, oder daß wir unsere Arbeitszeit ohne Verbrauchserhöhung um 6 Stunden auf 14 Stunden täglich verlängern. Wissen die Arbeiterkassen der Ententestaaten, daß man von Deutschland die Fremdarbeit des 14stündigen Arbeitstages verlangt? Weiß man, welche wirtschaftlichen Wirkungen diese 14stündige Gefängnisarbeit eines 60 Millionen-Volkes anderthalb Menschenalter herbeiführt?

Die Stellung Bayerns zu den Ententestaaten.

München, 9. Februar. Die unabhängige sozialdemokratische Partei hat im Landtag über die Stellungnahme des Ministerpräsidenten v. Kahr in Berlin eine Interpellation eingebracht, in der von dem Ministerpräsidenten Ausschluß über die Stellung verlangt wird, die er am 6. Februar in Berlin eingenommen hat. Die Interpellation wird damit begründet, daß aus der amtlichen Presse keine Klarheit über die Haltung der bayerischen Regierung zu gewinnen sei, da ein Widerspruch zwischen dem offiziellen Verhalten der Berliner und der Münchener Regierung bestehe. Der

Ernst der politischen Lage erfordert Klarheit über diesen Widerspruch und Gelegenheit für den bayerischen Landtag zur Stellungnahme.

München, 8. Februar. Der Bayerische Kurier, das Blatt der bayerischen Volkspartei, schreibt zur politischen Lage und zur gestrigen Ministeratsitzung: Die Beratungen der Fraktionen werden heute fortgesetzt werden. Zu irgendwelcher Beurlaubung besteht keinerlei Veranlassung. Alle Gerüchte von einer Koalitionstrübsal oder gar Regierungskrisis sind völlig grundlos.

Die Pariser Beschlüsse in der französischen Kammer.

Paris, 8. Februar. In der gestrigen Kammer Sitzung wurde zu Beginn ein Gesetzentwurf über die Schaffung von Grabstätten für im Kriege gefallene Deutsche angenommen. Bei der Fortsetzung der Debatte über das Pariser Abkommen erklärte der Deputierte de Magallon, er zweifle, daß Deutschland bezahlen wolle. Man mühe die Ruhr besetzen und das Rheinland der preussischen Herrschaft entziehen. Deputierter Klotz glaubt, daß das Abkommen von Paris vorteilhafter für Deutschland sei als der Friedensvertrag von Versailles. Die vorgesehenen Zwangsmassnahmen seien dem Schuldner nicht mitgeteilt worden. Ministerpräsident Briand erklärte, die Sanktionen seien Angelegenheiten der Alliierten. Wir erlauben den Deutschen nicht, darüber Bemerkungen zu machen. Klotz spricht sodann von der Annullierung der interalliierten Kriegsschulden. Jetzt habe Frankreich ohne Gegenleistung von seiner Forderung einen Nachlaß gewährt. Dabei entspinnt sich zwischen Klotz und Briand eine heftige Auseinandersetzung, wobei Klotz betont, daß es nicht möglich sei, daß die französische Kammer die neuen Steuervorschläge prüfe, bevor nicht das deutsche Budget umgestaltet wird. Der deutsche Steuerzahler zahle nur 15 Prozent, der französische aber 30. Die Kammer könne nicht abstimmen, bevor sie nicht klar Aufklärungen habe über die Stabilisierung der französischen Forderungen, über die Vereinbarungen betreffs Abfertigung der französischen Forderungen und besonders über die Regelung der äußeren Schuld, über die Aufrechterhaltung der territorialen Sicherheiten und über die Finanzpolitik. Minister Loucheur erläuterte alsdann das näher die Aufgaben der Reparationskommission und verglich die absoluten Ziffern des Vertrages mit dem Abkommen von Paris. Er machte große Reserven hinsichtlich der in der Öffentlichkeit bis jetzt aufgestellten Berechnungen. Zum Schluß entstand noch eine kurze Auseinandersetzung zwischen Klotz und Loucheur einerseits und Briand andererseits über das Verlangen Klotz, daß Briand George gewisse Fragen hinsichtlich der Regelung der Schulden gestellt werden. Die Fortsetzung der Debatte wurde auf Wunsch des Ministerpräsidenten Briand auf heute vertagt.

Neue Bekenntnisse Lloyd Georges.

London, 9. Februar. Großes Interesse wird der Entscheidung von Cardiganhire angewandt, wo ein Walliser unabhängiger Liberaler von dem örtlichen liberalen Verein anstelle des Koalitionsliberalen und Sekretärs Lloyd Georges als Kandidat aufgestellt wurde. Lloyd George hielt eine Ansprache an die Walliser Koalitionsliberalen in London und betonte u. a. die gefährliche und unruhige Lage der Welt. Er würde heute zurücktreten, wenn er denken könnte, daß die Gefahr vorüber sei. Lloyd George griff die unabhängigen Liberalen heftig an, die diejenigen verächtlich und bemängelten, die ihr Bestes täten. Er sagte: Ich sehe einer ungeheureren Aufgabe gegenüber und habe Willens zu tun, als mich und meine Regierung zu verteidigen. Der Ministerpräsident erklärte mit Bezug auf Deutschland: Deutschland wird hierher kommen und eine Antwort auf die Frage geben, ob es die Reparation bis zum Reste seiner Zahlungsfähigkeit leisten werde. Nur eine englische Regierung, die erklären würde, nein, wir sind dagegen, daß Deutschland gezwungen wird zu zahlen, würde sich im Gegensatz zu der augenblicklichen Regierung befinden.

Stapellauf des Dampfers Hindenburg.

Berlin, 8. Februar. Auf der Werft des Bremer Vulkan in Wesel fand gestern der Stapellauf des Dampfers Hindenburg in Anwesenheit des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, des Generals Ludendorff und der Hindenburg'schen Familienangehörigen statt. In der Taufrede sagte Hindenburg u. a.: So gleiche denn hin über das weite Meer und zeige der Welt, daß Deutschland den redlichen Willen hat, mit allen Völkern in Frieden zu leben, solange es ihm die Ehre erlaubt und knüpfe ein Band zwischen ihnen und uns, das die Menschheit einander näher bringt und den netzlosen Austausch der Erzeugnisse ihrer Handarbeit, ihres Fleisches ermöglicht. Das ist der treue Wunsch eines alten Soldaten. Nach diesen Worten erfolgte Stapellauf platt und ohne Zwischenfall.

Die Schweiz verwehrt Durchzug internationaler Truppen.

Paris, 9. Februar. Die Agence Havas meldet: Der Beschluß der Schweiz, dem internationalen Truppenaufgebot für Wien den Durchzug nicht zu gestatten, hat die leitenden Kreise des Völkerbundes empfindlich überrrascht. Der Völkerbundsrat wird erst am 21. Februar zusammentreten. Es ist daher wahrscheinlich, daß das Generalsekretariat im Namen des Rates Protest erheben wird.

Die türkische Mission nach London unterwegs.

London, 9. Februar. Das Reuterbüro meldet aus Konstantinopel, daß die Regierung von Angora die Abreise der Mission für die Londoner Konferenz via Adalia mitteilt und wünscht

hat, daß die Konferenz wegen der Möglichkeit einer verspäteten Ankunft der Mission verschoben werden möchte. Die Zusammenlegung der Mission wird nicht mitgeteilt; man vermutet jedoch, daß Tzvet Pascha daran teilnimmt. Der Beschluß, die Delegation abzulehnen zu lassen, bedeutet keinerlei Annäherung zwischen den Nationalisten und der Pforte. Die Nationalisten drohen, die Entthronung des Sultans zu verfluchen.

Amerika mit 750 000 Mann Heeresstärke.

London, 9. Februar. Nach einer Reutermeldung aus Washington hat der Kriegssekretär Baker die vollständige Einstellung der Rekrutierung für das Landheer, entsprechend der kürzlich vom Kongreß angenommenen Entschliebung, angeordnet. Man nimmt an, daß neun Monate nötig sind, um den Effektivebestand des Heeres auf 750 000 Mann zu bringen.

Kartoffel-Verkauf.

Gegen Vorlegung der Bromarfenkarte werden auf die Pflanzung bis zu 20 Pfund gutgelagerte durchaus einwandfreie Kartoffeln zum Preise von 44 S für das Pfund am

Donnerstag, den 10. Februar 1921, in der 1. Bürgerschule an der Schwarzenberger Straße — Hofeingang — abgegeben.
Aue, am 9. Februar 1921. Der Rat der Stadt.

Billige, wertvolle Lektüre.

... Der kleine Roman ... abgeschlossene Erzählungen ... Band 1.20

- Michael Arzybaschew, Der blutige Fleck.
- Georg Engel, Der Heilige.
- Hans Franck, Das Geheimnis.
- Wihl. Hegeler, Der Junge aus dem Walde.
- Moritz Heilmann, Wintergespenst.
- Heinrich Heine, Die Bäder von Lucca.
- Gottfr. Keller, Kleider machen Leute.
- Gottfr. Keller, Romeo und Julia auf dem Dorfe.
- Heinrich Mann, Schauspielerin.
- Jacob Schaffner, Der Schulmeister von Ongern.
- Theodor Storm, Immensee.
- Frank Wedekind, Marianne.
- Oskar Wilde, Das Gespenst von Canterville.
- Stefan Zweig, Angst.
- Max Dreyer, Altersschwach.
- Moritz Hartmann, Feigheit.
- Wilhelm Scholtz, Der Kopf am Fenster.
- Norbert Jacques, Kreise.
- Arthur Hollischer, Amerikanische Novellen.
- Ernst Lothar, Zum Bündner eine Treppe tiefer.
- Jacob Schaffner, Das verkaufte Seelenheil.
- Ferdinand Kärnberger, Der Windfall.

Kaufhaus Schocken

Abteilung Buchhandlung.

J.A. Flechtner, Aue

empfehl als frisch eingetroffen:

Schnupftabake

in Friedensqualität von Doms in Ratibor. Pariser Rappe, Rosenpariser, Gesundheitstabak, Fichtennadeltabak, Carotte, Essiger, saure Carotte.

Kautabak

von Grimm und Triebel, Nordhausen, Wieprecht, Hauschild, Gera.

Zigarren, gut abgelagert

erstklassige Dresdner, Hamburger und Bremer Fabrikate.

Tabake, grob und fein

rein überseeisch, in allen Preislagen.

Zigaretten

beste deutsche Fabrikate.

Nach längerem Leiden ging gestern nachmittag 3 Uhr mein lieber, guter Mann, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, Herr

Hermann Friedrich Becher

ins himmlische Vaterhaus heim.
In unsagbarem Weh
die tieftrauernde Gattin Minna Becher
Gertrud Becher
Clara Billina geb. Becher
Robert Billina
AUE, am 9. Februar 1921.
nebst allen Angehörigen.

Die Beerdigung unseres teuren Entschlafenen erfolgt Freitag mittag 1/2 Uhr vom Trauerhause, Vodelstraße 18, aus.

Beim Einkauf von **Zahnpulver u. Zahnpasta „23“** Motor-Benzin
verlangen Sie ausdrücklich Nr. 23
Die wissenschaftlich erprobten Zahnpulvermittel nach Zahnarzt Bahr. — Drogerie Gustav Otto.

empfehle zu Tagespreisen. Lebe Menge. **Lübe**, Fahrradabteilung, Weitznerstraße 26.

Für die überaus zahlreichen Beweise innigster Teilnahme bei dem Tode unseres teuren Entschlafenen sagen wir hiermit

allen herzlichen Dank.

Marie verw. Horadschek
nebst Kindern
und allen Angehörigen.

Aue, Andersleben (Bez. Magdeburg), 8. Februar 1921.

Gelegenheitskauf
An-Konfirm.-Stiefel, Wollst., Größe 38—39 nur 125 Mark.
Schönländs Schuhwarenhaus
Verkaufte feste **Büste**
für jede junge Dame in nur wenigen Tagen. Unverletzt garantiert unbeschädigte Anwendung. Ausverkauf frei, nur Marktwerte erzielbar.
Frau Rührner, Hannover, Osterstraße 58.

Günstigste Preise für ausgelassenes Frauenhaar (Wiederhaar) zahlen für Stumpfen ... für Beschleissfall ...
Storn & Gauger, Verdenstraße 17 und Saar-Großhandlung, Aue, Weitznerstr. 48.

Wachtung! Tischler!
Empfehle mich für modern. Holmalereien
Paul Keller, Spezialist für Möbelmalereien, Gieseler bei Zwettl.

